

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216

E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

Stabile Brücken für den Arbeitsmarkt. Koalition beschließt Beschäftigungschancengesetz

Vor dem Hintergrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sind der Arbeitsmarkt und damit die Sozialkassen in Deutschland erstaunlich stabil geblieben. Es ist jetzt dennoch richtig, sich trotz der vielen guten Nachrichten nicht auszuruhen, sondern weiter Impulse zu setzen.

Die Koalition aus Union und FDP handelt daher genau in diesem Sinne: Mit dem Beschäftigungschancengesetz hat das Bundeskabinett an diesem Mittwoch ein Maßnahmenpaket beschlossen, das aus der Krise heraus Brücken zu mehr Beschäftigung baut.



Die durch das Konjunkturpaket II eingeführten Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld – Erstattungsregelung der Sozialversicherungsbeiträge, Erleich-

terung der Zugangsvoraussetzungen zur Kurzarbeit sowie die Gleichstellung von Konjunktur- und Saisonkurzarbeitergeld – werden bis zum 31. März 2012 verlängert.

Außerdem fallen Leiharbeitnehmer zukünftig unter die gleichen Regelungen zur Kurzarbeit wie andere Arbeitnehmer. Die Verlängerung bis zum Ende des ersten Quartals 2012 ermöglicht den Betrieben eine verlässliche Personalplanung ohne Entlassungen bis über den Winter 2011/2012 hinaus.



(Argumentierte erfolgreich zugunsten der Kurzarbeiterregelung: CDU-Landesgruppenchef Thomas Strobl)

Die von mir geführte CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag hatte sich anlässlich eines arbeitsmarktpolitischen Gesprächs mit der Leiterin der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit, Frau Eva Strobel, bereits zu Beginn des Jahres für die Verlängerung der beitragsfreien Kurzarbeit ausgesprochen. Durch die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit werden kurzarbeitende Betriebe finanziell entlastet.

Die Kurzarbeiterregelung ist gerade für Baden-Württemberg, als typisches Mittelstandsland, von größter Bedeutung. Der Arbeitsmarkt hier, insbesondere im Maschinenbau, wird von der nun beschlossenen Verlängerung stärker als anderswo in Deutschland stabilisiert, und den Unternehmen wird eine größere Planungssicherheit gegeben.



(Unter anderem im Blickpunkt der Förderung: Hartz-IV-Familien)

Mit dem von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmenpaket werden aber auch die Problemgruppen am Arbeitsmarkt in den Blick genommen. Jugendlichen aus Hartz-IV-Familien wird durch eine neue Ferienjobregelung der Leistungsgedanke näher gebracht. Wer als Schüler nicht lernt, dass sich Leistung lohnt, kann diese Erfahrung nicht ins Erwachsenenalter mitnehmen. Daher dürfen Schülerinnen und Schüler, die in einer Bedarfsgemeinschaft leben, zukünftig in den Schulferien anrechnungsfrei bis zu 1.200 Euro verdienen. Sie werden damit Schülern gleichgestellt, deren Eltern nicht

hilfsbedürftig sind, und können sich mit ihrer Ferienarbeit eigene Wünsche erfüllen.

Auch die Situation von Alleinerziehenden soll verbessert werden. Alleinerziehende sind im Schnitt jünger als andere Langzeitarbeitslose, und sie sind besser ausgebildet. Dennoch verharren sie länger im Hartz-IV-Bezug. Daher werden für diese Zielgruppe in den Zielvereinbarungen mit der Bundesanstalt für Arbeit, den Ländern und den kommunalen Trägern konkrete Entwicklungsmaßnahmen aufgenommen, die laufend angepasst werden. Zudem wird begleitend zu den Ausbildungs- und Arbeitsangeboten eine Kinderbetreuung sichergestellt.



(Profitieren ebenfalls vom Beschäftigungschancengesetz: Alleinerziehende)

Auch ältere Leistungsempfänger sollen noch gezielter ihre Stärken und Kompetenzen in den Arbeitsmarkt einbringen. Erste Erfolge aus dem Bundesprogramm „Perspektive 50plus“ zeigen, wie viel Potential in dieser Zielgruppe steckt. Das Konzept dieses Programms wird zukünftig flächendeckend allen älteren Leistungsempfängern zu Gute kommen.

Mit diesem Maßnahmenbündel ist die Koalition aus Union und FDP der Finanz- und Wirtschaftskrise sehr entschlossen entgegengetreten.

BERICHT AUS DEM PLENUM:

Rede zu Protokoll am 22.04.2010:

Am gestrigen Donnerstag war ich als Berichterstatter im Ausschuss für Kultur und Medien berufen, eine Rede zur DHM-Novelle zu halten. Aus Zeitgründen kam es allerdings zu keinem Vortrag im Plenum. Die Rede wurde stattdessen „zu Protokoll“ gegeben. Wegen der Bedeutung der Thematik und infolge ärgerlicher Fehlbehauptungen der „Linken“ in dieser Sache möchte ich Ihnen den Wortlaut meiner Ausführungen zukommen lassen, um sie über die Hintergründe der Problematik „Stiftungsrat und Vertriebenenverband“ zu informieren.

„Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

In dem Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Deutsches Historisches Museum“ (DHMG) vom 21. Dezember 2006 wurde die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ als unselbstständige Stiftung des öffentlichen Rechts in der Trägerschaft des Deutschen Historischen Museums (DHM) errichtet. Stiftungszweck war und ist die Unterhaltung eines Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrums in Berlin, um im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihrer Folgen wachzuhalten.

Die bisherige Stiftungsarbeit hat gezeigt, dass die Komplexität der Aufgabenstellung und des Meinungsspektrums eine Vergrößerung des Stiftungsrates und eine Modifizierung des Berufungsverfahrens für den Stiftungsrat angezeigt erscheinen lassen.



(Blick auf das Deutsche Historische Museum in Berlin)

Die zentrale Neuerung des Gesetzentwurfs ist, die Berufung der Mitglieder in den Stiftungsrat fortan dem Bundestag zu übertragen, also der Legislative, statt sie wie bisher der Exekutive anheim zu stellen.

Dies verbreitert die Entscheidungsbasis erheblich und objektiviert den Berufungsprozess.

Auch die Einbeziehung verschiedener Gruppen wie etwa die Kirchen und der Zentralrat der Juden bürgt für Offenheit und Pluralität der gesamten Stiftungsarbeit.

Einseitigkeiten, Geschichtslegenden, ja gewollte Mythologisierung sind dadurch ausgeschlossen. Und genau das ist die Absicht der von uns erarbeiteten Neu-Zusammensetzung des Stiftungsrates „Flucht, Vertreibung, Versöhnung.“

Dagegen übrigens zu polemisieren, wie es etwa die „Linke“ tut, ist entlarvend und bestätigt die Probleme, die man in ihren Reihen mit dem Objektivitätsgebot und Wahrhaftigkeitspostulat offensichtlich hat. Geradezu unverschämt aber ist die Behauptung, diese Probleme lägen im Gegenteil bei uns, und *wir* wollten Geschichtsverfälschungen vornehmen, indem wir mehr Sitze für den Vertriebenenverband forderten, nämlich sechs von den insgesamt 21 Plätzen.

Dass aus linker Sicht offensichtlich in einem Stiftungsrat für Vertreibung ausgerechnet die Betroffenen nicht angemessen, also mit wenigstens einem knappen Drittel vertreten sein sollen, ist schon bizarr. Es ist typischer Ausdruck ideologischen Scheuklappendenkens. Die „Linke“ verdreht mit ihrer Kritik am DHM-Konzept bewusst Ursache und Wirkung, denn eher die bisherige Unterrepräsentanz der Vertriebenen stand einer objektiven Geschichtsbetrachtung im Weg, keinesfalls deren nun angestrebte Korrektur.

Mit ihrer Fundamentalkritik beweist die Linke einmal mehr, dass ihr im politischen Tageskampf jede Faktenverbiegung recht ist, wenn sie davon zu profitieren glaubt.

Das aber lassen wir ihr nicht durchgehen. Der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen ist ausgewogen, die verschiedensten Gruppierungen und Belange werden berücksichtigt und alle Chancen sind gegeben, von der Vergangenheit ein im höchsten Maße objektives Bild für die Nachwelt zu entwerfen. Und nur dann können wir aus der Geschichte lernen, wenn bei ihrer Darstellung Objektivität waltet.

Historiker, so heißt es, sind mächtiger als Götter. Sie können sogar die Vergangenheit verändern. Mit diesem hinter-sinnig-ironischen Urteil, das von Geschichtswissenschaftlern stammt, wird auf das Problem der Ausdeutbarkeit vergangener Ereignisse verwiesen.

Dass dabei unter Umständen historische Wahrhaftigkeit zu kurz kommt und „erkenntnisleitende Interessen“ des Betrachters eine verfälschende Rolle bei der Darstellung geschichtlicher Zusammenhänge spielen können, erlebt man leider allzu oft. Und angesichts des Eifers, mit dem sich momentan

die extremistische „Linke“ anschickt, in der Debatte um die Novelle des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Deutsches Historisches Museum“ die Wortführerschaft an sich zu reißen, liegt der Verdacht nahe, dass hier „erkenntnisleitende Links-Interessen“ im Spiel sind.

Hier soll offenbar eine Deutungshoheit über eine wichtige Frage deutscher Geschichte angestrebt werden, die den „Linken“ einfach nicht zukommt, deren historische „Wahrhaftigkeit“ nachgewiesenermaßen selbst in eigener Sache mehr als fragwürdig ist.

Denn man braucht ja kaum daran zu erinnern, dass die „Linke“ oft genug Fakten beliebig verändert, geschichtliche Dokumente manipuliert hat, wann immer es ihr in den Kram passte.

Wer kennt nicht die berühmten historischen Fotografien von kommunistischen Parteitag, auf denen unliebsam gewordene Parteigenossen, die ursprünglich abgebildet waren, nachträglich fürs Geschichtsbuch wegretuschiert wurden, weil sie plötzlich unerwünscht waren und aus der Erinnerung getilgt werden sollten?

Wahrheit ist für Kommunisten stets veränderlich, situationsbezogen und nur in einer Hinsicht „fest“, als beliebte Worthülse für Propagandazwecke. Nicht zuletzt deshalb hieß ja auch die Staatszeitung der Sowjetunion „Prawda“, also Wahrheit, obwohl sie selten Wahres enthielt, das Volk in politischen Dingen systematisch belog und sogar den Wetterbericht fälschte.

Man kann soweit gehen und sagen, je mehr die Kommunisten von Wahrheit sprechen, desto sicherer kann man sein, dass nun garantiert eine Lüge folgt. Wie etwa bei Ulbrichts berüchtigtem „Versprechen“ vom Juni 1961: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen.“ Und ausgerechnet die Nachfolger der so gestrickten DDR-Kommunisten wollen nun beurteilen, was historische Wahrheit in der Vertriebenenproblematik ist? Das erscheint fast als Witz - und man könnte darüber lachen, wenn die Sache nicht so ernst wäre.

Deshalb stelle ich hier in aller Ernsthaftigkeit klar: Für mich und für alle Demokraten ist die historische Wahrheit etwas Absolutes und nicht verhandelbar. Auch auf dem Gebiet der Geschichte fühlt sich die CDU/CSU-Fraktion dem strikten Objektivitätsgebot liberal-pluralistischer Provenienz verpflichtet. Mit Karl Popper sind wir der Meinung, dass die Wahrheit nur bei einem fairen Wettbewerb der Meinungen darstellbar ist und keine einzelne Partei sich anmaßen darf zu glauben, die Wahrheit von vornherein zu kennen, ja sie für sich gepachtet zu haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

WEITERE THEMEN DER WOCHE:

- Regierungserklärung zu Afghanistan
- Gedenken an die polnischen Opfer des Flugzeugabsturzes von Smolensk
- Deutschland als Leitmarkt für Elektromobilität

Hintergrundinformationen dazu erhalten Sie auf Wunsch von meinem Berliner Büro unter 030 / 227 72542.

NEWS AUS MEINEM MITARBEITERTEAM



Wie schon 2009 fiel der Geburtstag meines Berliner Büroleiters Dr. Volker Schütterle in eine Sitzungswoche. Er wird - genau heute – 43 Jahre alt. Ich möchte ihm auch auf diesem Wege herzlich gratulieren und alles Gute für die Zukunft wünschen, insbesondere Glück, Gesundheit und Gottes Segen. Volker Schütterle selbst meinte heute scherzhaft, mit 43 habe er jetzt schon ein Lebensjahr mehr auf dem Buckel, als sie Elvis Presley vergönnt waren (der „King of Rock´n´Roll“ starb mit 42). Jetzt könne er beruhigt daran gehen, Johannes Heesters einzuholen (derzeit 106). Na hoffen wir, dass ihm das gelingt. Meinen Segen hat er.

BESUCHER AUS DEM WAHLKREIS



10 Kommunalpolitiker aus Massenbachhausen, darunter CDU-Stadtrat Johannes Josef Rossi und Bürgermeister Christoph Schulz besuchten diese Woche Berlin. Da sie heute auch ins Paul-Löbe-Haus kamen, war es mir eine Freude und Ehre, sie zu empfangen. Wir unterhielten uns über lokal-, landes- und bundespolitische Themen und sprachen über die aktuelle Lage in Deutschland. Die Diskussion war lebendig und hat mir großen Spaß gemacht.

SCHLUSSWORT:

Liebe Leserinnen und Leser,

im Januar 2010 wurde ich zu einem der beiden Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses gewählt. Laut Satzung des Ausschusses amtieren die beiden Vorsitzenden nicht gleichzeitig, sondern wechseln sich vierteljährlich in der Amtsführung ab. Da mein Kollege Böhrnsen (Bürgermeister von Bremen) den Vorsitz im ersten Quartal ausübte, steht nun der turnusmäßige Stabwechsel unmittelbar bevor.

Ab nächsten Dienstag, das ist der 27. April, werde ich für ein Vierteljahr den Sitzungen des Vermittlungsausschusses präsidieren und dessen Geschäfte leiten.

Ich freue mich sehr auf diese neue Aufgabe, auf die ich mich intensiv vorbereitet habe. Wie oft der Vermittlungsausschuss unter meiner Regie zusammentreten muss, ist zum jetzigen Zeitpunkt aller-

dings noch unklar. Dies hängt unter anderem mit dem derzeit noch offenen Ausgang der Wahlen in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai zusammen. Sollte dort die Union unter Jürgen Rüttgers ihre erfolgreiche Regierungsarbeit *nicht* fortsetzen können, würden sich abrupt die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat ändern. Mit der dann zu erwartenden Blockadehaltung in der Länderkammer, die die SPD bereits angekündigt hat, käme es ganz schnell zu Anrufen des Vermittlungsausschusses, der ja immer dann zusammentritt, wenn Nationalparlament und Bundesrat uneins sind. Doch so sehr ich willens bin, in den dann anstehenden Sitzungsmarathons mein bestes für unser Land und seine Menschen zu geben, hoffe ich natürlich, dass es nicht erforderlich sein wird, diese Zusatzsitzungen abzuhalten.

Ein Erfolg von Rot-Rot-Grün in NRW wäre nämlich das momentan schlechteste Signal für die gesamte Politik in Deutschland und würde das zarte Pflänzchen Aufschwung, das wir der Berliner Koalition unter Angela Merkel verdanken, massiv gefährden. Aus diesem Grund unterstütze ich intensiv unsere Parteifreunde in Düsseldorf und drücke ihnen die Daumen, dass sie die Wahlen für sich entscheiden. Dafür nehme ich dann auch gerne in Kauf, dass es für mich als „tatendurstigen“ Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses in meiner Amtsperiode nicht ganz soviel zu tun geben wird, wie ich es mir mit Blick auf den reinen Reiz der Aufgabenstellung durchaus wünsche.

In diesem Sinne grüßt Sie für heute herzlichst

Dr. Thomas Lobe